



## Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND VERWALTUNG

am Dienstag, 24.04.2018, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

### ÖFFENTLICH

TOP 1 Bericht zur kommunalen  
Entwicklungszusammenarbeit

Vorl.Nr. 167/18

---

#### Beratungsverlauf:

OBM **Spec** begrüßt EBM Seigfried und die Anwesenden zur Sitzung und stellt fest, dass seitens des Gremiums keine Einwände gegen die Tagesordnung bestehen. Er ruft Tagesordnungspunkt 1 auf.

Es sei unverzichtbar, so OBM **Spec**, dass sich Kommunen mit ihren praktischen Möglichkeiten und dem bürgerschaftlichen Engagement ihrer Bewohner an der Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) der Vereinten Nationen beteiligen und so in globalen Fragen wirksam vorankommen. Entscheidend sei, dass alles getan werde, um den Klimawandel zu reduzieren. In Ludwigsburg gebe es viele engagierte Personen, u. a. den Förderkreis Burkina Faso, der tolle Arbeit leiste. OBM Spec dankt auch den politischen Gremien, die durch ihre Beschlüsse das Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit ermöglichten. Die Aktivitäten und die Stelle des Koordinators für kommunale Entwicklungszusammenarbeit seien von der Bundesregierung gefördert. Im Rahmen der verschiedenen Netzwerke des Bundes habe die Stadt auf den Förderbedarf in diesem Bereich hingewiesen.

Durch die soeben erfolgte Eröffnung der burkinischen Hütte könne gezeigt werden, was mit Ludwigsburger Engagement in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit geleistet werde, erläutert EBM **Seigfried**. In der Entwicklungszusammenarbeit habe in den letzten Jahrzehnten ein Umdenken stattgefunden und es sei von einer meist unmittelbaren Nothilfe zu ausdifferenzierten Partnerschaften übergegangen worden. Die Entwicklungszusammenarbeit mit Kongoussi geschehe auf vielen Ebenen, zuletzt seien im dortigen Rathaus mit Ludwigsburger Hilfe Computer und die Anfänge eines IT-Systems eingerichtet worden. Ludwigsburg sei die erste vom Bund geförderte Kommune in Deutschland gewesen, in der Projekte und die Koordination mit 90 % der Kosten gefördert werde. Dem Beispiel von Ludwigsburg seien andere Städte gefolgt.

Herr **Gueye** (Dezernat II) berichtet anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, über die Aktivitäten der Stadt im Bereich der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Insbesondere geht er auf die Aktivitäten im Bereich der Wasserversorgung/Hygiene, Alphabetisierung vor Ort und die Inlandsaktivitäten der Vernetzung, Koordination und Öffentlichkeitsarbeit ein. So arbeite man in Ludwigsburg mit vielen Vereinen und Initiativen zusammen. Auf der Zukunftskonferenz 2018 sei die kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit einem Thementisch vertreten.

OBM **Spec** dankt Herrn Gueye und EBM Seigfried für das Engagement in dem Bereich und

---

eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Braumann** erklärt, dass sich viele Bürger ehrenamtlich in der Entwicklungszusammenarbeit engagierten. Der Klimawandel gehe jeden an. Umso wichtiger sei der gegenseitige Erfahrungsaustausch auf Augenhöhe, nicht nur in Afrika, sondern auch in Südamerika und auch in Südeuropa. Wichtige Themenfelder seien nachhaltige Energiewirtschaft, Bildung und medizinische Versorgung. Auf kommunaler Ebene zu handeln sei hier ein Garant für eine gute Entwicklung. Der Bund dürfe sich durch die kommunalen Aktivitäten nicht aus seiner Verantwortung zurückziehen. Vor dem Auslaufen des zweijährigen Förderzeitraums des Bundes bittet Stadtrat Braumann um Evaluation für eine Anschlussfinanzierung.

Stadträtin **Henning** zeigt sich beeindruckt, was in Ludwigsburg und in Burkina Faso geleistet wird. Durch die burkinische Hütte werde sichtbar, was Klimawandel bedeute und wie kleine Schritte in Entwicklungsländern helfen würden. Sie hoffe, dass die Stelle zur Koordination der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit auch über den aktuellen Förderzeitraum hinaus weitergeführt werde. Sie erkundigt sich, ob sich Terrorgruppen wie Boko Haram vor Ort auf die Arbeit auswirken.

Die trilaterale Partnerschaft fruchte und ermögliche die segensreiche Arbeit vor Ort, so Stadträtin **Deetz**. Ludwigsburg als nachhaltige Stadt leiste einen Beitrag für die wichtige Klimapartnerschaft. Die Bündelung der Öffentlichkeitsarbeit kleinerer Akteure findet sich positiv. Sie stellt die Frage, ob alle vielfältigen Aktivitäten sinnvoll unter einen Hut gebracht werden können. Lobend erwähnt Stadträtin Deetz die Einbindung von Migranten, woraus sich Anknüpfungspunkte ergäben, und die Informationen in Ludwigsburg. Sie fragt nach der Definition der Nahtstellen zum Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, da diesem nicht die Aufgaben abgenommen werden sollten. Ebenfalls in der Entwicklungszusammenarbeit würden sich die parteinahen Stiftungen engagieren.

Stadtrat **Weiss** dankt für den Bericht. Es sei klar, dass der Klimawandel nicht an Grenzen halt mache. Auch kleine Projekte würden helfen. Die Klimapartnerschaft sei lobenswert. Wichtig sei die Sicherheit vor Ort. Über die Fortführung der Stelle des Koordinators müsse man sich unterhalten.

Dank spricht Stadtrat **Eisele** allen Akteuren aus. Es sei eine wichtige Sache und die Gleichberechtigung der Partner sei herauszuheben. Die heutige Entwicklungszusammenarbeit arbeite viel besser als die frühere Entwicklungshilfe und wirke direkter. Die Schwerpunktsetzung der Ludwigsburger Arbeit bezeichne er als extrem wichtig.

Stadträtin **Dziubas** dankt für die geleistete Arbeit und lobt das Engagement. Sie wünscht für die weitere Tätigkeit viel Erfolg. Sie erkundigt sich nach dem Nähatelier zic-zac.

OBM **Spec** erläutert, dass neben dem Engagement in Burkina Faso auch mit Ambato in Ecuador eine Klimapartnerschaft bestehe. Auf diese beiden Städte und Länder wolle man sich konzentrieren. Er berichtet, dass der frühere ecuadorianische Botschafter mehrmals in Ludwigsburg gewesen sei und Deutschland als fairen Partner kennengelernt habe. Das LivingLab sei damals Anknüpfungspartner gewesen. Es habe sich gezeigt, dass Kommunen zueinander einen viel besseren, direkten Kontakt aufbauen könnten. Die Dreieckspartnerschaft mit Kongoussi und Montbéliard sei eine bewusste Animierung der langjährigen Partnerschaft.

Zum Nähatelier zic-zac führt EBM **Seigfried** aus, dass die Idee dazu aus der Stadtverwaltung entstanden sei. Zusammen mit der Berufsschule würden Näherinnen ausgebildet, die vor Ort in einer Kooperative zusammenarbeiten würden. Die Partnerstadt Montbéliard habe vor allem in

Feldarbeit und Latrinen investiert. Die Firma Hahn&Kolb habe Fahrradmonteure ausgebildet und dafür Starterkits für Berufsanfänger zur Verfügung gestellt. In Kongoussi sei das duale System in diesem Ausbildungsberuf installiert worden.

Herr **Gueye** geht auf die Frage von Stadträtin Henning ein. So seien islamistische Terrorgruppen vor allem in westafrikanischen Ländern stark. Dort würden sie durch Brunnenbau und weitere Maßnahmen Menschen für ihre Ideologie rekrutieren. Das Engagement Ludwigsburgs sei daher umso wichtiger. Die rote Zone der Islamisten sei nicht weit von Kongoussi entfernt.

Auf die Rückfrage von Stadträtin **Deetz**, ob Förderungen durch Kleinkredite angedacht seien, antwortet EBM **Seigfried**, dass dies nicht in großem Stil geplant sei.

OBM **Spec** stellt fest, dass das Gremium Kenntnis genommen habe und dankt Herrn Gueye und Frau Süß für die geleistete Arbeit.

### **Beratungsverlauf:**

OBM **Spec** ruft Tagesordnungspunkt 2 auf. Ziel der nachhaltigen Beschaffung sei die Umstellung nach den Kriterien des Cradle-to-Cradle (C2C).

Frau **Jäger** (extern) erläutert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, die nachhaltige Beschaffung nach den C2C-Prinzipien. Es habe sich eine Arbeitsgruppe aus verschiedenen Fachbereichen gebildet, die die neuen Richtlinien für eine umwelt- und sozialverträgliche Beschaffung ausgearbeitet habe. Nach dem C2C-Prinzip (Wiege-zur-Wiege) müssten alle Bestandteile des Produkts bekannt sein und die Kreislauffähigkeit aller Einzelteile gewährleistet sein. Frau Jäger stellt exemplarisch den Ablauf der Beschaffung vor. Zuschlagskriterien würden bei der Ausschreibung definiert, es erfolge dann eine Punktevergabe anhand der Gewichtung der Kriterien. Die schon bestehende Dienstanweisung zur fair gehandelten Waren sei in die neue Dienstanweisung eingeflossen. Die Einführung in der Stadtverwaltung werde Schritt für Schritt erfolgen.

OBM **Spec** eröffnet sodann die Aussprache.

Laut Stadträtin **Kreiser** hätten Kommunen bei der Beschaffung eine Vorbildfunktion. Die Umsetzung in Stufen hält sie für den richtigen Weg und solle vernünftig und nicht um jeden Preis erfolgen. Die Fraktion unterstütze das Projekt und erwartet einen Bericht zu gegebener Zeit.

Die nachhaltige Beschaffung sei ein Grundanliegen der Grünen, so Stadtrat **Prof. Vierling**. Die nun erfolgte Erweiterung der bereits bestehenden Dienstanweisung zur Beschaffung fair gehandelter Produkte sei begrüßenswert. So könnten Unternehmen, die nachhaltig wirtschaften, unterstützt werden. Die Fraktion sehe im Projekt auch eine Anerkennung der nachhaltigen Initiativen in der Stadt und der Stadtverwaltung. Auch in Zukunft gebe es noch viel zu tun; man solle nicht immer nach dem billigsten Produkt greifen. Er fragt, welche Produktgruppen durch die Dienstanweisung noch nicht erfasst seien.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** bezeichnet es als großes Projekt für die Stadt, das unterstützenswert sei. Kernforderungen der Internationalen Arbeitsorganisation seien enthalten. Es sei eine freiwillige Aufgabe der Stadt, die aber gerne übernommen werde. Er bittet um Transparenz bei der Kostenaufstellung, die bei den nächsten Haushaltsberatungen vorgelegt werden solle. Der Verwaltungsaufwand sei noch nicht abzuschätzen und werde wahrscheinlich hoch sein. Die Fraktion begleite weiterhin wohlwollend das Projekt.

Für Stadtrat **Weiss** sei das Projekt eigentlich gut, aber in der weiteren Entwicklung noch nicht absehbar. So komme ein horrender Aufwand auf die Verwaltung für die Vergaben von 2 Mio. Euro zu, dies noch ohne die Ausschreibungen im Baubereich. Es seien ein hoher Personalaufwand und höhere Preise zu erwarten. Die Fraktion erwarte Erfahrungsberichte zur Umsetzung der neuen Dienstanweisung.

Stadtrat **Eisele** bezeichnet die nachhaltige Beschaffung als guten Ansatz. Die Beschaffung unter dem Aspekt der Wiederverwendung sei sehr positiv. In diesem Zusammenhang erinnert er an den Vortrag von Prof. Braungart vor einigen Jahren im Scala. Er schlägt vor, einen Bericht über die Bewertungsmatrix und mit konkreten Beispielen im Gremium vorzustellen.

Frau **Jäger** erläutert, dass der Verwaltungsaufwand noch nicht abzuschätzen sei. Zu den Produkten, die noch nicht gelistet seien, gehören bspw. Smartphones.

Frau **Stanjeck** (Fachbereich Organisation und Personal) ergänzt, dass momentan das Beschaffungsverhalten in der Verwaltung eruiert werde. Es werde angestrebt, Vorgänge daraufhin mithilfe einer elektronischen Plattform zu bündeln. Insgesamt könne der Aufwand dadurch reduziert werden. Parallel werde die Beschaffung optimiert. Man befinde sich am Anfang des umfangreichen Prozesses.

Laut OBM **Spec** werde die Verwaltung laufend informieren. Die nachhaltige Beschaffung sei eine überfällige Fortsetzung der Umweltschutzbemühungen seit den 70er-Jahren. Er dankt den beteiligten Mitarbeitern.

**Beschluss:**

Die Stadt Ludwigsburg beschließt die Vergabe des „Lucien-Tharradin-Preises“ an Schüler- und Jugendgruppen, die sich in besonderem Maße für den sozialen und globalen Zusammenhalt einsetzen. Die Stadt Ludwigsburg lobt dafür ein Preisgeld in Höhe von 2.500 € aus, das durch 1.000 € durch die Stadt Montbéliard erhöht wird, womit insgesamt 3.500 € zur Verfügung stehen. Über die Vergabe entscheidet eine deutsch-französische Kommission, die sich aus Vertretern der Stadt Montbéliard und Ludwigsburg zusammensetzt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Befangen: Stadtrat Prof. Vierling

Nicht anwesend: Stadtrat F. Lutz

**Beratungsverlauf:**

OBM **Spec** ruft Tagesordnungspunkt 3 auf. Er erläutert, dass die Initiative zum neugeschaffenen Preis aus den Erfahrungen zum Projekt des Schüleraustausches über den Ersten Weltkrieg entstanden sei. Die Auseinandersetzung damit habe die Notwendigkeit gezeigt, den europäischen Gedanken weiter zu befördern. Vor allem junge Leute seien für das Thema zu begeistern. Zusammen mit der Partnerstadt Montbéliard wolle man den „Lucien-Tharradin-Preis“ ausloben, benannt nach einem beispielgebenden Versöhner und Förderer der deutsch-französischen Geschichte.

Laut Stadträtin **Kreiser** seien Friede, Freiheit und Demokratie nicht selbstverständlich. Die Zeitzeugen der Kriegszeit würden immer weniger. Das Engagement junger Leute in dem Bereich solle belohnt werden. Sie wünscht sich eine verbindliche Vorgehensweise in der Preisvergabe und bittet um Erläuterung der Kriterien.

Die Fraktion begrüße die Idee, so Stadträtin **Wiedmann**. Schüleraustausche böten die Möglichkeit, über Ländergrenzen hinaus verschiedene Kulturen kennenzulernen. Sie fragt, ob jeweils in den drei Kategorien Preise vergeben würden und wie der Interessenkonflikt von Jurymitgliedern, bspw. aus dem Jugendgemeinderat, ausgeschlossen würde.

Stadträtin **Deetz** findet, dass belohnenswertes Engagement gefördert werden solle. Für die Stadt Ludwigsburg als Vorreiterin für Verbindungen mit Frankreich sei dies von hoher Wichtigkeit. Auch Sprachkenntnisse seien wichtig. Etwaige Preisträger könnten das in späteren Bewerbungen angeben. Sie erkundigt sich, ob der Preis immer bilateral oder nur an eine Schulklasse vergeben werde.

Stadtrat **Weiss** bezeichnet sich als bekennender Europäer und unterstreicht die Wichtigkeit von Schüleraustauschen. Deutschland und Frankreich seien Motor der europäischen Einigung. Die Fraktion stehe voll hinter dem „Lucien-Tharradin-Preis“. Er äußert die Bitte, sich für weitere Fremdsprachenförderung gerade für Französisch einzusetzen.

Stadtrat **Eisele** findet den Preis positiv, gerade vor dem Hintergrund des Einflusses von Populisten. Der Preis solle öffentlichkeitswirksam bekannt und sichtbar gemacht werden.

Stadträtin **Dziubas** hält die Auszeichnung für ein wichtiges Projekt und signalisiert Zustimmung.

Stadtrat **Prof. Vierling** schlägt vor, das Preisgeld für die Schulen zu verwenden und nicht den Schülern auszuzahlen. Da durch die Teilnahme seiner Kinder an Schüleraustauschen eine Befangenheit nicht auszuschließen sei, erklärt er, an der Abstimmung nicht teilzunehmen.

Den Vorschlag von Stadtrat Prof. Vierling lehnt Stadträtin **Kreiser** ab.

Die Kategorien seien eine Würdigung der Aktivitäten, es werde immer ein Preis verliehen, so OBM **Spec**. Es werde möglich sein, den Preis auch zu teilen. In der Preisvergabe werde es auch einen Lernprozess geben. Eine vernünftige Geldverwendung sei angedacht.

Frau **Süß** (Fachbereich Organisation und Personal) erläutert, dass die Stadt Montbéliard die Erweiterung auf andere Länder vorgeschlagen habe. Beispielsweise unterhalte die Robert-Frank-Schule eine Partnerschaft mit einer Schule in Israel. Die Einrichtung des Preises werde an die Schulen und aktiven Gruppen kommuniziert. In der Vergangenheit habe es viele tolle Projekte gegeben. Die Jury setze sich aus je drei Vertretern aus Deutschland und Frankreich zusammen. Eine Vorbesprechung im Partnerschaftskreis sei vorgesehen.

OBM **Spec** erwähnt zur Sprachförderung die erfolgreiche Französisch-Gruppe im Kindergarten Hoheneck. Er stellt anschließend die Vorlage zur Abstimmung und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.